

Mitglieder mit beratender Stimme nach § 58 Absatz 1 Satz 7 bis 12 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen

Herr Thomas Weber	Pro Köln (bis 15:45 Uhr)
Herr Jörg Uckermann	Pro Köln (von 14:30 Uhr bis 15:30 Uhr)

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme

Frau Zeynep Alraqeb	SPD
Frau Maria Katharina Artmann	FDP (in Vertretung für Herrn Happe)
Frau Waltraud Blümcke	SPD
Herr Hans-Josef Bauer	CDU
Frau Ingrid Hack	SPD
Herr Oswald Pannes	Fraktion Die Linke.
Frau Doris Rost	Pro Köln
Herr Paul Spörl	FDP
Herr Fardad Hooghoughi	FDP (bis 16:00 Uhr)

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung

Frau Lyudmyla Beysorina	entsandt vom Integrationsrat
Herr Thomas Haas	entsandt von der Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender (bis 15:50 Uhr)
Frau Amalie Klein	entsandt von der Seniorenvertretung der Stadt Köln (ab 14:55 Uhr)

Vertreter von Trägern der freien Jugendhilfe mit beratender Stimme

Herr Ulrich Bergmann	Deutscher Kinderschutzbund
Frau Helga Blümel	Diakonisches Werk Köln und Region
Frau Marita Bosbach	Deutsches Rotes Kreuz (in Vertr. für Herrn Ruda)
Herr Guido Geiss	Arbeitsgemeinschaft "Offene Tür" (in Vertretung für Herrn Will)
Frau Karin Grevelhörster	Zentrum für Frühbehandlung und Frühförderung
Frau Almut Gross	Jugendhilfe Köln e.V.
Herr Andreas Hildebrand	Kath. Jugendwerke e.V.
Herr Christoph Horstkotte-Löffelholz	Kölner Spielewerkstatt e.V.
Frau Frauke Mahr	Mädchenhaus Köln e.V. (bis 16:05 Uhr)

Frau Monika Reisinger	Verein zur Förderung von Kindern und Jugendlichen mit Teilleistungsstörungen e.V.(MCD/HKS)
Herr Jochen Sander-von der Meden	Netzwerk e.V. - Soziale Dienste und Ökologische Bildung
Herr Hans-Josef Saxler	Soziales Zentrum Lino-Club e.V.
Herr Uwe Schäfer-Remmele	Theaterpädagogisches Zentrum e.V.
Herr Wolfgang Schmidt	Kinder- u. Familienhilfen Michaelshoven gGmbH
Frau Carola Siman	Ev. Kirchenverband
Herr Fabian Stettes	Kath. Jugendwerke e.V.
Frau Sarah van Dawen	Kölner Jugendring e.V.
Frau Regine Walter	Progressiver Eltern- und Erzieherverband e.V.
Herr Wolfgang Wirtz	Evangelische Familienbildungsstätte
Herr Dr. Wolfgang Zäschke	Jugendhilfe und Schule e.V. (Nippes Museum)

Verwaltung

Frau Beigeordnete Dr. Agnes Klein	Dezernentin
Frau Carolin Krause	Leiterin des Amtes für Kinder, Jugend u. Familie

Pflichtmitglieder mit beratender Stimme

Frau Dr. Juliane Arnold	Ev. Kirchengemeinde
Herr Christopher Meier	Bundesagentur für Arbeit
Herr Georg Spitzley	Kath. Kirchengemeinde
Frau Dr. Sabine van Eyck	Gesundheitsverwaltung (in Vertretung für Frau Dr. Bunte, bis 16:05 Uhr)
Herr Pfarrer Werner Völker	Ev. Kirchengemeinde
Herr Wolfgang Wendelmann	Polizeipräsidium Köln
Herr Josef Zimmermann	Kath. Kirchengemeinde

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlten:

Herr Armin Dappen	Bündnis 90 / Die Grünen
Frau Christiane Lehmann	Handwerkerinnenhaus Köln e.V.

Ausschussvorsitzender **Herr Dr. Heinen** begrüßt alle Anwesenden zur Eröffnung der Sitzung.

Da keine neuen Mitglieder anwesend sind, finden keine **Verpflichtungen** statt.

Die Verwaltung hat im Vorfeld der Sitzung darauf hingewiesen, dass die Beschlussvorlage unter **TOP 8.1** (Vorlage 0254/2014) aus einem Antrag an den Integrationsrat, der zur Beschlussfassung in den Rat weitergegeben wurde, resultiert. Der Rat bittet vor seiner finalen Entscheidung um die Vorberatung durch den Jugendhilfeausschuss. Ein heutiger Verweis der Vorlage ohne Votum in den Rat ist insofern nicht angezeigt. Herr Keltok vom Integrationsrat ist zur heutigen Sitzung erschienen und möchte im Falle einer Beratung ein paar einleitende Worte sprechen.

In diesem Zusammenhang meldet Herr Dr. Heinen Beratungsbedarf der SPD-Fraktion an und bittet um *Vertagung* des Themenkomplexes auf die nächste Beratungsfolge. Der Ausschuss erklärt sich hiermit einverstanden.

Nun begrüßt Herr Dr. Heinen die fachkundigen **Gäste** aus der Verwaltung, die eventuell aufkommende Fragen beantworten können:

- Herr Keltok, Vorsitzender des Integrationsrats (zu TOP 8.1),
- Frau Gorklo-Blameuser vom Amt für Schulentwicklung – Fachabteilung Bildung und Teilhabe – (zu TOP 8.2, 8.7, 8.8),
- Frau Kremer-Butterkeit und Frau Rehberg vom Kommunalen Integrationszentrum – Dezernat V (zu TOP 8.6).

Fragen zu TOP 8.5 können bei Bedarf schriftlich beantwortet werden.

Herr Dr. Heinen macht auf den ausliegenden **Flyer** des Kölner Jugendring zur U-16-Wahl aufmerksam.

Zu den **Vorlagen** gibt Herr Dr. Heinen folgende Hinweise der Verwaltung weiter:

- Der Antrag der CDU-Fraktion unter **TOP 4.2.1** bezieht sich inhaltlich auf den Gegenstand der Beschlussvorlage 0206/2014 unter **TOP 11.1** (Übernahme von Mietkosten bei Kindertagesstätten von Trägern der freien Jugendhilfe). Die Verwaltung regt daher an, den Antrag zusammen mit TOP 11.1 zu behandeln.
- Der Titel der Vorlage 0242/2014 (**TOP 3.2** – Antrag auf Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe des Vereins ZEBIT e.V.) ist missverständlich: hier geht es nicht um die Anerkennung selbst, sondern um einen Zwischenbericht nach bereits erfolgter Anerkennung.
- Die Vorlage **TOP 7.1** (0574/2014 – Umgestaltung des Spielplatzes St.-Tönnis-Str.) wurde neu umgedruckt und an alle Mitglieder versandt, da beim ersten Druck Seiten fehlten.
- Die Anlage zu **TOP 3.6** (0628/2014 – Konzept zur Gewaltprävention) wurde aufgrund ihres Umfangs von 54 Seiten nicht an alle Mitglieder und Vertreterinnen bzw. Vertreter versandt. Das Konzept ist über das Bürgerinformationssystem (www.stadt-koeln.de) abrufbar. Sofern gewünscht, kann die verfassende Fachdienststelle einzelnen Interessierten ein Papierexemplar zukommen lassen.

Die Beratungsergebnisse der vorberatenden Gremien liegen aus zu den Punkten

- TOP 8.1 (0125/2014)
- TOP 8.5 (0674/2014)
- TOP 8.6 (0781/2014)
- TOP 8.7 (0531/2014)
- TOP 8.8 (0810/2014).

Weiterhin wurden folgende Unterlagen als Tischvorlage ausgeteilt:

- TOP 3.10 (1129/2014)
- TOP 3.11 (0727/2014)
- TOP 4.2.3 (AN/0562/2014)
- Auszug aus dem Beschlussprotokoll des Ausschuss Schule und Weiterbildung bzgl. der Vorberatung zu TOP 8.6 (0781/2014)
- Auszug aus dem Beschlussprotokoll des Ausschuss Soziales und Senioren bzgl. der Vorberatung zu TOP 8.6 (0781/2014)
- Änderungsantrag zu TOP 8.1 (AN/0576/2014)
- TOP 11.2 (0715/2014).

An dieser Stelle hebt Herr Dr. Heinen die unter TOP 3.11 bekanntgegebenen Informationen hervor, wonach alle interessierten, fachkundigen Personen aus dem Bereich der Jugendhilfe bis zum 30.04.2014 die Möglichkeit haben, sich bei der Geschäftsstelle als Kandidatin bzw. Kandidat für die Neubesetzung des Jugendhilfeausschusses nach der Kommunalwahl zu melden.

Im Nachgang zur ursprünglich versandten Einladung bittet Herr Dr. Heinen, noch die Punkte 2.3, 3.6 bis 3.11, 4.2.1 bis 4.2.2, 5.2.1 (umgedruckt als 4.2.3), 8.9 und 11.1 bis 11.2 auf die Tagesordnung aufzunehmen.

Herr Dr. Schlieben meldet ebenfalls Beratungsbedarf seiner Fraktion an, in diesem Fall zu TOP 8.4 (Vorlage 4195/2013). Da die CDU-Fraktion die Vorlage jedoch nicht ausbremsen wolle, plädiert er dafür sie ohne Votum in die nachfolgenden Gremien zu geben. Gleiches gelte für TOP 11.2 (Vorlage 0715/2014).

Der Jugendhilfeausschuss erklärt sich einstimmig mit den oben genannten Zusetzungen, sowie den Vorschlägen Herrn Dr. Heinens (zu TOP 8.1) und Herrn Dr. Schliebens (zu TOP 8.4 und 11.2) einverstanden.

Dementsprechend ergibt sich folgende Tagesordnung:

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

A Kurzvortrag des Kölner Jugendring zur U-16-Wahl

1 Allgemeines

1.1 Benennung der Stimmzähler

1.2 Rückfragen zu Beantwortungen von Anfragen und Mitteilungen aus früheren Sitzungen

1.3 Gleichstellungsrelevante Themen

2 Beantwortung von Anfragen

2.1 Anfrage aus der Sitzung des Jugendhilfeausschusses vom 04.02.2014 Punkt 9.2 Sachstandsbericht zum Projekt "Inklusion in der Jugendförderung" 0941/2014

2.2 Kinderbetreuung und -freizeitmöglichkeiten für Flüchtlinge zuletzt:
TOP 5.1.1 der Sitzung des Jugendhilfeausschusses vom 04.02.2014 1008/2014

2.3 Sachstand zur Aktualisierung der Richtlinie zur Förderung von kultur- und medienpädagogischer Jugendarbeit 0985/2014

3 Mitteilungen

3.1 Trägerwechsel Kindertageseinrichtung Tempelstraße 29, 50679 Köln 0228/2014

3.2 Antrag auf Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe des Vereins ZEBIT e.V. - Zwischenbericht 0242/2014

3.3 Berichtswesen Dezernat IV - Teilbericht Jugendhilfeausschuss 2013 0389/2014

- 3.4 Osterferienspielaktionen des Mobilen Treff "Juppi"
0872/2014
- 3.5 Empirische Analysen von Selektivität, Durchlässigkeit, Zeitaufwand und Bildungsabschlüssen im Kölner Schulsystem - ein Beitrag im Rahmen des Bildungsmonitorings
1031/2014
- 3.6 Konzept zur Gewaltprävention - Konkretisierung von Entwicklungsimpulsen für die einzelnen Handlungsfelder
0628/2014
- 3.7 Handlungskonzept Zuwanderung und Flüchtlinge im Dezernat Bildung, Jugend und Sport
1094/2014
- 3.8 Erziehungshilfeangebote- Martin Luther Haus und Axenfeldhaus in Köln Porz
Auswertung der Inanspruchnahme für das Jahr 2013
0937/2014
- 3.9 Bestellung eines stellvertretenden Pflichtmitgliedes des Jugendhilfeausschusses
1053/2014
- 3.10 Trägerschaft einer Kindertageseinrichtung am geplanten Standort der Bildungslandschaft Altstadt Nord
1129/2014
- 3.11 Neuwahl des Jugendhilfeausschusses
0727/2014

4 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates

- 4.1 Frühere Anträge
- 4.2 Neue Anträge
 - 4.2.1 Ausreichend Betreuungsplätze für Kinder schaffen durch Übernahme von Mietkosten für freie Träger
AN/0489/2014
 - 4.2.2 Förderung privat-gewerblicher und freier Kindertageseinrichtungen - Rechtsanspruch sicherstellen
AN/0486/2014

5 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates

5.1 Frühere Anfragen

5.2 Neue Anfragen

5.2.1 Bedarfsgerechtes Angebot einer Jugendeinrichtung in Kalk
AN/0562/2014

6 Beschlüsse gemäß § 41 Absatz 2 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

6.1 Zuschussvergabe 2014 aus Mitteln des Teilergebnisplans 0604 Kinder- und Jugendarbeit; - Förderung therapeutischer Maßnahmen behinderter Kinder
0545/2014

6.2 Zuschüsse an Offene Kinder- und Jugendeinrichtungen im Haushaltsjahr
2014
0647/2014

6.3 Zuschüsse an Jugendprojekte im Rahmen von Sonderförderungen für das
Haushaltsjahr 2014 aus dem Teilplan 0604
0608/2014

6.4 Förderung von örtlichen Ferienmaßnahmen für Kinder und Jugendliche - Zu-
schuss für Ferienhilfswerk, § 16 SGB VIII;
Fördermittelvergabe 2014; Teilergebnisplan 0604 Kinder- und Jugendarbeit
0617/2014

6.5 Mittelverteilung an die Mitgliedsverbände im "Ring politischer Jugend" im
Haushaltsjahr 2014 aus dem Teilplan 0604
4131/2013

7 Ausschussempfehlungen an andere Ausschüsse

7.1 Umgestaltung des Spielplatzes St.-Tönnis-Straße in Köln-Worringen
0574/2014

7.2 Sanierung und Umgestaltung des Spielplatzes Veilchenweg in Köln-
Rath/Heumar
0137/2014

8 Ausschussempfehlungen an den Rat

- 8.1 Beschluss des Integrationsrates - Einrichtung von bilingualen Gruppen zur Förderung der natürlichen Mehrsprachigkeit in städtischen Kindertagesstätten
0254/2014
- zu 8.1 TOP 8.1 „Beschluss des Integrationsrates - Einrichtung von bilingualen Gruppen zur Förderung der natürlichen Mehrsprachigkeit in städtischen Kindertagesstätten“
AN/0576/2014
- 8.2 Fortführung der Schulsozialarbeit - Finanzierung bis 31.12.2014
0125/2014
- 8.3 Kindertagespflege für unter 3- jährige Kinder mit erhöhtem Förderbedarf
0178/2014
- 8.4 Weitere Förderung des Projekts "Joblinge"
4195/2013
- 8.5 Teilneubau des Ingenieurwissenschaftlichen Zentrums der Fachhochschule Köln am Standort Deutz
hier: Masterplan zur Präzisierung des Wettbewerbsergebnis "Teilneubau des Ingenieurwissenschaftlichen Zentrums (IWZ) der Fachhochschule (FH) Köln am Standort Deutz"
0674/2014
- 8.6 Interkulturelles Maßnahmenprogramm - Bestandsaufnahme bestehender Maßnahmen zur Förderung der Integration
0781/2014
- 8.7 Offene Ganztagschule im Primarbereich - bedarfsgerechter Ausbau auf 26.500 Plätze
0531/2014
- 8.8 Projekt zur außerschulischen Betreuung von Flüchtlingskindern durch ehrenamtliche Patinnen und Paten
0810/2014
- 8.9 Benennung eines neuen, stellvertretenden Pflichtmitgliedes für den Jugendhilfeausschuss
0910/2014

9 Anfragen

I. Öffentlicher Teil

A Kurzvortrag des Kölner Jugendring zur U-16-Wahl

Frau van Dawen informiert die anwesenden Mitglieder, dass auch zur bevorstehenden Kommunal- und Europawahl interessierten Jugendlichen wieder die Möglichkeit gegeben wird, ihre Stimme abzugeben. Bereits das Projekt „U-18-Wahl“ bis 9 Tage vor der Bundestageswahl 2013 wurde sehr gut von den Jugendlichen angenommen. Nachdem diese Art von Beteiligung wissenschaftlich untermauert worden sei (Prof. Dr. Hurrelmann), lädt Frau van Dawen alle freien Träger und Schulen dazu ein, sich anzuschließen und entsprechende U-16-Wahl-Lokale in den eigenen Räumlichkeiten einzurichten.

Am 03.04.2014 werde eine Informationsveranstaltung hierzu stattfinden, eine Anmeldung sei per Email möglich. Nach der Auswertung werden die Ergebnisse noch am 16.05.2014 veröffentlicht. Frau van Dawen wünscht sich, dass einige unentschlossene Wahlberechtigte sich an diesen Ergebnissen orientieren.

1 Allgemeines

1.1 Benennung der Stimmzähler

Als Stimmzähler werden für diese Sitzung Frau Laufenberg, Herr Kienitz und Herr Schneider benannt.

1.2 Rückfragen zu Beantwortungen von Anfragen und Mitteilungen aus früheren Sitzungen

Rückfragen zu Beantwortungen von Anfragen und Mitteilungen aus früheren Sitzungen werden nicht gestellt.

1.3 Gleichstellungsrelevante Themen

Gleichstellungsrelevante Themen werden nicht behandelt.

2 Beantwortung von Anfragen

2.1 Anfrage aus der Sitzung des Jugendhilfeausschusses vom 04.02.2014 Punkt 9.2 Sachstandsbericht zum Projekt "Inklusion in der Jugendförderung" 0941/2014

Diese Beantwortung resultiert aus einer Frage der Evangelischen Kirchengemeinde im Rahmen des TOP 9.2 in der Sitzung 04.02.2014. Sie wird von den Mitgliedern ohne weitere Aussprache zur Kenntnis genommen.

2.2 Kinderbetreuung und -freizeitmöglichkeiten für Flüchtlinge

zuletzt:

**TOP 5.1.1 der Sitzung des Jugendhilfeausschusses vom 04.02.2014
1008/2014**

Diese Beantwortung resultiert aus einer Frage der Fraktion Die Linke. im Rahmen des TOP 5.1.1 in der Sitzung 04.02.2014. Sie wird von den Mitgliedern zur Kenntnis genommen.

Frau Dr. Butterwegge bedankt sich für die Ausführungen und möchte die Gelegenheit nutzen, eindringlich auf die Problemlagen der Flüchtlingskinder hinzuweisen.

Der Besuch einer Kita beziehungsweise einer Schule biete Kindern in einer schwierigen Lebenssituation zum Einen „ein Stück Normalität“ und die Möglichkeit zum Austausch mit Gleichaltrigen, und fördere zum Anderen das Erlernen der deutschen Sprache.

Während der Beschulungsgrad von Kindern in Flüchtlingswohnheimen recht zufriedenstellend sei, gebe es im Bereich der Kinder, die in Hotels untergebracht seien, noch erheblichen Nachbesserungsbedarf. Frau Dr. Butterwegge appelliert daher an die Verwaltung, auch die künftig zu erwartenden Flüchtlingskinder in die Bedarfsplanung mitaufzunehmen.

Daneben gebe es speziell für Kinder und Jugendliche aus Flüchtlingsfamilien nur punktuell Freizeitangebote, zumeist auf ehrenamtlicher Basis. Hier müsse man sich Gedanken machen, welche Mindeststandards die Stadtverwaltung in Zukunft vorhalten wolle.

Herr Dr. Heinen bittet, Frau Dr. Butterwegges Anregungen in die Diskussion unter TOP 3.7 (Handlungskonzept Zuwanderung und Flüchtlinge) einfließen zu lassen. Er möchte an dieser Stelle aber schon hervorheben, dass die Zusammenarbeit der Dezernate in Bezug auf diese Querschnittsaufgaben lobenswert sei. Sowohl die Bevölkerung, als auch die Verwaltung leisten hervorragende Beiträge im Bereich der Integration.

2.3 Sachstand zur Aktualisierung der Richtlinie zur Förderung von kultur- und medienpädagogischer Jugendarbeit 0985/2014

Diese Sachstandsmitteilung nimmt Bezug auf einen Auftrag im Rahmen des TOP 6.10 aus der Sitzung 11.09.2012. Sie wird von den Mitgliedern zur Kenntnis genommen, es besteht kein Beratungsbedarf.

3 Mitteilungen

3.1 Trägerwechsel Kindertageseinrichtung Tempelstraße 29, 50679 Köln 0228/2014

Die Mitteilung der Verwaltung wird ohne weitere Aussprache zur Kenntnis genommen.

3.2 Antrag auf Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe des Vereins ZEBIT e.V. - Zwischenbericht 0242/2014

Auch diese Mitteilung wird ohne weitere Aussprache zur Kenntnis genommen.

3.3 Berichtswesen Dezernat IV - Teilbericht Jugendhilfeausschuss 2013 0389/2014

Der Ausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Herr Dr. Heinen freut sich über das neu eingeführte, schnell lesbare Ampelsystem im Berichtswesen.

3.4 Osterferienspielaktionen des Mobilen Treff "Juppi" 0872/2014

Diese Mitteilung wird ebenfalls ohne weitere Beratung zur Kenntnis genommen.

3.5 Empirische Analysen von Selektivität, Durchlässigkeit, Zeitaufwand und Bildungsabschlüssen im Kölner Schulsystem - ein Beitrag im Rahmen des Bildungsmonitorings 1031/2014

Die Ausschussmitglieder nehmen diese Mitteilung zur Kenntnis.

Herr Dr. Heinen erinnert an **Herrn Dr. Schliebens** Statement im Ausschuss Schule und Weiterbildung und schließt sich dem in Gänze an: bei der Vorlage handelt es sich um eine gute, tiefgehende und umfassende Analyse. Besonders erfreulich sei hierbei die beschriebene Tendenz zu weniger Selektion und besseren Bildungserfolgen.

Auch Ausschussmitglied **Herr Pannes** nimmt den Bericht mit Freude zur Kenntnis. Er sieht jedoch in der Aussage „Es gibt keinen Zielkonflikt zwischen Chancengerechtigkeit und Bildungserfolg“ einen Fehler. Anstelle der *Chancengerechtigkeit* – die beinhaltet, dass weniger begabte Kinder an andere Schulformen als Gymnasien verwiesen werden – müsse der Fokus auf der *Chancengleichheit* liegen. Das Bestreben von Politik und Verwaltung müsse in einer demokratisch orientierten Chancengleichheit im Sinne der Inklusion liegen, auf deren Basis *jeder* junge Mensch die Chance bekomme, *so weit wie möglich* gefördert zu werden.

Derzeit hat Herr Pannes allerdings den Eindruck, dass die Tendenz in die andere Richtung gehe: Gymnasien schulen mehr und mehr ab, um homogene Klassenverbände zu erreichen. Die diskutierte „Kultur des Behaltens“ sei dort leider nicht Realität.

3.6 Konzept zur Gewaltprävention - Konkretisierung von Entwicklungsimpulsen für die einzelnen Handlungsfelder 0628/2014

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen. Ausschussvorsitzender **Herr Dr. Heinen** bittet, das vorgestellte Konzept auch zum Thema im „AK80“ zu machen, um von dort weitere Handlungsempfehlungen zu erhalten.

Herr Dr. Schlieben möchte wissen, ob die angesprochene Fachstelle bereits eingerichtet wurde, und wie diese finanziert werden solle.

Frau Beigeordnete Dr. Klein bringt das Konzept in eine Reihe von Dingen, die die „AG78“ für notwendig und wichtig halte. Hier finde – unter dem allgegenwärtigen Haushaltsvorbehalt – eine fachliche Diskussion statt, wie die angestrebten Leitziele umzusetzen seien. Unter anderem werde die Einrichtung einer eigenen Organisationseinheit angestrebt, für die allerdings keine eigene Haushaltsposition zur Verfügung stehe, und für die keine zusätzlichen Stellen vorgesehen seien.

3.7 Handlungskonzept Zuwanderung und Flüchtlinge im Dezernat Bildung, Jugend und Sport 1094/2014

Auch diese Mitteilung wird zur Kenntnis genommen. **Frau Beigeordnete Dr. Klein** ergreift das Wort und geht zunächst auf den Beitrag Frau Dr. Butterwegges zu Anfang der Sitzung (unter TOP 2.2) ein. Originärer Bestandteil der Unterbringung sei stets, welche Angebote für Kinder im Umfeld existieren. Unter der Fragestellung, was die Zuwanderungswelle für die präventive Jugendhilfe bedeute, sei folgender Punkt besonders herauszustellen: Angebote der Jugendhilfe, wie beispielsweise das Kinderwillkommenspaket, seien *an Alle* gerichtet, unabhängig von der Herkunft. So gelte sowohl der Rechtsanspruch auf einen Kitaplatz, als auch die Schulpflicht – oder vielmehr das *Recht*, eine Schule besuchen zu können – ebenso für Flüchtlingskinder, wie für jedes andere Kind aus Deutschland oder dem europäischen Ausland. Die Aufgabe ende dabei nicht bei der Zuweisung eines Schulplatzes, sondern setze sich in der flankierenden Unterstützung fort, damit die Kinder und Jugendlichen auch – im wörtlichen Sinne - in der Schule ankommen.

Verwaltung und Träger seien bemüht, die bestehenden Angebote in ihrer gesamten Bandbreite bestmöglich auf die Situation zuzuschneiden. So stehe beispielsweise die Ausweitung von Sprachkursen und Berufsorientierungsprojekten ebenso im Fokus, wie etwa Gespräche mit Sportvereinen zur Sensibilisierung für das Thema Zuwanderung.

Schwerpunkte seien in Meschenich, Kalk und Porz gesetzt worden. Für den Problemstandort Herkulesstraße sei ein Sonderkonzept entwickelt worden, außerdem solle die Kölner Freiwilligenagentur über 4 Jahre mit Personal- und Sachmitteln unterstützt werden.

Frau Dr. Butterwegge erkennt viele kreative Ansätze in dem Handlungskonzept, das glücklicherweise auch einige niederschwellige Angebote beinhalte. Sie möchte wissen, ob auch Projekte für Ehrenfeld und Mülheim geplant seien, und in welchem Umfang die Unterstützung des DRK ausgestaltet sei. Im Bereich vorschulischer Bildung

sei eine flächendeckende Verbreitung der Angebote nötig. Da die Flüchtlingskinder mit den einheimischen Kindern um Kita- und OGTS-Plätze konkurrieren, müsse auch hier weiter ausgebaut werden.

Es stehe außer Frage, dass auch nach dem Ausbau auf 26.500 Betreuungsplätze weiter daran gearbeitet werden müsse, bestätigt **Herr Dr. Heinen**. Man dürfe dabei aber nicht übersehen, wie viel bereits erreicht worden und wie viel aktuell in der Planung sei.

Stellvertretend für die ansässigen kultur- und medienpädagogischen Einrichtungen bietet **Herr Schäfer-Remmele** eine Zusammenarbeit an, da es, auch für traumatisierte Flüchtlingskinder, interessante Projekte in der Theaterpädagogik gebe.

Frau Laufenberg schließt sich Herrn Dr. Heinens Hinweis auf die bereits erzielten Erfolge an. Sie kann sich allerdings nicht den Unterschied im Beschulungsgrad zwischen Flüchtlingskindern in Wohnheimen (92%) und Flüchtlingskindern in Hotels (55%) erklären.

Herr Völlmecke (Abteilung Pädagogische und Soziale Dienste) erläutert, dass alle Kinder gleichermaßen angemeldet werden, allerdings mit unterschiedlichem Erfolg, da viele dieser Kinder aufgrund der sozialen Hintergründe Hilfestellung brauchen, um eine Regelmäßigkeit im Schulbesuch zu entwickeln. In den Wohnheimen finde eine entsprechende Ansprache statt, was in den Hotels nicht der Fall sei. Man müsse hier im Hinterkopf halten, dass die Unterbringung in Hotels tatsächlich nur eine Notfalllösung darstelle, wenn die Beschaffung einer Wohnung oder eines Wohnheimplatzes nicht gelinge.

Der belastete Stadtbezirk Mülheim sei nicht im Landesprogramm berücksichtigt worden, da ein weiter Teil der Problemlagen bereits über das Projekt „Mülheim 2020“ in Angriff genommen werden konnte. Die gefundene Lösung in Kooperation mit dem DRK für die Herkulesstraße sei hinsichtlich Raumangebot und persönlicher Betreuung nun ausreichend.

Wenn das Konzept an einzelnen Stellen inkonkret erscheine, wie Frau Dr. Butterwege es bemängelt, dann liege dies schlichtweg daran, dass sich die Planungen auch auf noch zu schaffende Einrichtungen beziehen und erst „mit Leben gefüllt“ werden, wenn Größe und Kapazität feststehen.

Die Vielfalt der Angebote für die Zuwandererkinder sei bemerkenswert, sagt **Frau Dr. Butterwege**. Es sei wünschenswert, dass die für Flüchtlingskinder vergleichbar breit aufgestellt werden.

Herr Völlmecke erläutert, dass das, was derzeit zusätzlich geschaffen werde, über das Landesprogramm abgedeckt werde. Davon abgesehen sei man im Bereich von Freizeitmaßnahmen auf die Mittel angewiesen, die bereits auf die Stadtbezirke verteilt worden seien.

Auf Bitte **Frau Artmanns** führt **Herr Völlmecke** aus, dass die Heimleitungen der Flüchtlingswohnheime persönliche Gespräche mit den Bewohnerinnen und Bewohnern führen, um Ihnen beispielsweise die Wichtigkeit des Schulbesuches ihrer Kinder zu verdeutlichen. Von den Geschäftsführungen der Hotels könne ein solches Verantwortungsbewusstsein nicht verlangt werden, so dass dort oftmals keine derartige Ansprache stattfinde.

**3.8 Erziehungshilfeangebote- Martin Luther Haus und Axenfeldhaus in Köln Porz
Auswertung der Inanspruchnahme für das Jahr 2013
0937/2014**

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

Herr Pannes findet es positiv, dass der Standort Köln mit dem Martin-Luther-Haus und dem Axenfeldhaus zwei Einrichtungen vorweisen könne, die nach dem rheinischen Modell arbeiten. Er erkundigt sich nach der Möglichkeit für Mitglieder des Jugendhilfeausschusses, sich dies vor Ort in der Praxis anzuschauen.

Die Verwaltung sagt eine Organisation zu, soweit die jeweiligen Leitungen hiermit einverstanden seien.

**3.9 Bestellung eines stellvertretenden Pflichtmitgliedes des Jugendhilfeausschusses
1053/2014**

Die Mitglieder nehmen diese Mitteilung ohne weitere Aussprache zur Kenntnis.

**3.10 Trägerschaft einer Kindertageseinrichtung am geplanten Standort der Bildungslandschaft Altstadt Nord
1129/2014**

Die als Tischvorlage ausgeteilte Mitteilung der Verwaltung liegt der Niederschrift nochmals als Anlage 1 bei. Die Ausschussmitglieder nehmen die Mitteilung zur Kenntnis.

**3.11 Neuwahl des Jugendhilfeausschusses
0727/2014**

Die als Tischvorlage ausgeteilte Mitteilung der Verwaltung liegt der Niederschrift nochmals als Anlage 2 bei. Die Ausschussmitglieder nehmen auch diese Mitteilung ohne Diskussion zur Kenntnis.

4 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates

4.1 Frühere Anträge

Frühere Anträge sind nicht vorhanden.

4.2 Neue Anträge

4.2.1 Ausreichend Betreuungsplätze für Kinder schaffen durch Übernahme von Mietkosten für freie Träger AN/0489/2014

Dieser von der CDU-Fraktion am 19.03.2014 eingereichte Antrag wird aufgrund des inhaltlichen Zusammenhangs gemeinsam mit Tagesordnungspunkt 11.1 im nichtöffentlichen Teil der Sitzung behandelt.

4.2.2 Förderung privat-gewerblicher und freier Kindertageseinrichtungen - Rechtsanspruch sicherstellen AN/0486/2014

Dieser Antrag wurde am 20.03.2014 von der CDU-Fraktion gestellt.

Einleitend erklärt **Herr Dr. Schlieben**, dass es seiner Fraktion bei dem vorliegenden Antrag um einen *Prüfauftrag* gehe, nicht bereits um die Festsetzung einer konkreten Vorgehensweise. Ziel sei ein Konzept mit möglichen Finanzierungswegen, um sich auf den Fall vorzubereiten, dass die Stadtverwaltung gerichtlich zum Ausgleich der Differenz zwischen den Kosten für einen städtischen Kitaplatz und den Kosten für einen Kita- oder Tagespflegeplatz eines freien Trägers oder einer privat-gewerblichen Einrichtung verpflichtet werde.

Rechtzeitige Überlegungen seien Voraussetzung, um bei Bedarf zeitnah und fundiert auf ein Urteil reagieren zu können.

Herr Dr. Heinen ergänzt, dass ein breitgefächertes Kontext mitschwingt, da sich durch die unterschiedlichen Rechtsformen und Zielrichtungen der Einrichtungen sowie die differenzierten Fördermöglichkeiten eine große Bandbreite ergebe.

Dies sei eine spannende Fragestellung, meint **Frau Volland-Dörmann**, da die freie Wohlfahrtspflege seit jeher an der Problematik der zu erbringenden Trägeranteile arbeite. Bereits in der Diskussion zum KiBiz unter der schwarz-gelben Regierung sei man mit dem Vorhaben, eine Vollfinanzierung durch echte Pauschalen ohne Festschreibung des Trägeranteils zu erreichen, gescheitert. Obwohl eine Entscheidung über das Portemonnaie der Eltern sozial unausgewogen sei, haben alle bisherigen Regierungskoalitionen am Modell des Trägeranteils festgehalten.

Da der Antrag der CDU-Fraktion dieses Modell zugrunde lege, will Frau Volland-Dörmann dem nicht zustimmen. Sie appelliert vielmehr, mit der Thematik der Eigenmittel in der Landespolitik aktiv zu werden, da sie auf Stadtverwaltungsebene falsch angesiedelt sei.

Auch in den Augen **Frau Dr. Butterwegges** geht der Antrag in die falsche Richtung. Sie nehme die Diskussion zum Anlass, die derzeitige Regierung zur Einhaltung ihres Wahlversprechens einer auskömmlichen Kitaplatzversorgung in öffentlicher Hand anzuhalten. Da - wie von Frau Volland-Dörmann bereits angesprochen - nicht alle Eltern gleichermaßen einen privat-gewerblichen oder bei einem freien Träger der Jugendhilfe angebotenen Betreuungsplatz bezahlen können, sei in der derzeitigen Ausbaustrategie eine Fehlentwicklung zu erkennen. Es müssen verstärkt Einrichtungen in kommunaler und gemeinnütziger Trägerschaft gefördert werden.

Herr Dr. Heinen merkt an, dass durch die Novellierung des KiBiz durchaus schon Fortschritte bemerkbar geworden seien.

Frau Jahn ergänzt, dass die wenigen in Köln vorhandenen privat-gewerblichen Träger als gewinnbringende Unternehmen von Grund auf nicht förderfähig seien, und eine Prüfung daher nicht sinnvoll sei. Sie finde es besser, wenn die Verwaltung ihre Kräfte für die Einrichtung weiterer, neuer Plätze einsetze.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss bittet die Verwaltung, zu prüfen,

- 1) mit welchen Mitteln das geschilderte Problem gelöst werden kann und welche Möglichkeiten der stärkeren Unterstützung es an dieser Stelle für die freien Träger der Jugendhilfe gibt;
- 2) mit welchen Mitteln die privat-gewerblichen Kindertageseinrichtungen - vor Allem in Stadtteilen wie Godorf, in denen die Versorgungsquoten nicht annähernd erfüllt werden - seitens der Stadt Köln unterstützt werden können.

Abstimmungsergebnis:

- 2 Zustimmungen: CDU-Fraktion (2)
- 7 Gegenstimmen: SPD-Fraktion (3), Bündnis 90/ Die Grünen (2), Fraktion Die Linke. (1), SJD Die Falken (1),
- 5 Enthaltungen: FDP-Fraktion (1), AWO (1), Der Paritätische (1), SKF (1), Sportjugend (1)

Mehrheitlich abgelehnt.

Anmerkungen:

Herr Krücker und sein Vertreter Herr Scheiblich (Caritasverband) waren weder bei der Beratung, noch bei der Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt anwesend. Frau Weber stimmte in Vertretung für Frau Kupferer ab (Sportjugend).

5 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates

5.1 Frühere Anfragen

Es liegen keine früheren Anfragen zur Beantwortung vor.

5.2 Neue Anfragen

5.2.1 Bedarfsgerechtes Angebot einer Jugendeinrichtung in Kalk AN/0562/2014

Die als **Tischvorlage** ausgeteilte Anfrage der SPD-Fraktion vom 27.03.2014 liegt der Niederschrift nochmals als **Anlage 3** bei. Sie wurde irrtümlich als 4.2.3 ausgewiesen, ist jedoch als Punkt 5.2.1 einzuordnen.

Die Verwaltung wird diese Anfrage schriftlich beantworten.

6 Beschlüsse gemäß § 41 Absatz 2 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

6.1 Zuschussvergabe 2014 aus Mitteln des Teilergebnisplans 0604 Kinder- und Jugendarbeit; - Förderung therapeutischer Maßnahmen behinderter Kinder 0545/2014

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss – Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie – beschließt, die im Haushaltsjahr 2014 zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel in Höhe von 7.200 Euro an die Träger gemäß Anlage 1 zur Förderung von therapeutischen Maßnahmen für behinderte Kinder und Jugendliche zu gewähren:

Abstimmungsergebnis:

- 14 Zustimmungen: SPD-Fraktion (3), CDU-Fraktion (2), Bündnis 90/ Die Grünen (2), FDP-Fraktion (1), Fraktion Die Linke. (1), AWO (1), Der Paritätische (1), SJD Die Falken (1), SKF (1), Sportjugend (1)
- keine Gegenstimmen
- keine Enthaltungen

Einstimmig zugestimmt.

Anmerkungen:

Herr Krücker und sein Vertreter Herr Scheiblich (Caritasverband) waren weder bei der Beratung, noch bei der Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt anwesend. Frau Weber stimmte in Vertretung für Frau Kupferer ab (Sportjugend). Die Anlage 1 liegt der Niederschrift nicht nochmals bei.

6.2 Zuschüsse an Offene Kinder- und Jugendeinrichtungen im Haushaltsjahr 2014 0647/2014

Herr Bergmann stellt heraus, dass hier zum zweiten Mal eine Kürzung in einem eigentlich ausbaubedürftigen Bereich zu verzeichnen sei, die nun erstmalig die Träger in ihrer unmittelbaren Arbeit treffe. Zwar solle die Vorlage nicht aufgehoben werden, gleichwohl stelle sich aber die Frage, wie zukünftig das Angebot sichergestellt werden könne. Davon abgesehen sei derzeit ein intensiver Prozess zur Neugestaltung dieses Arbeitsfeldes im Gange, mit dem ein noch darüber hinausgehender, finanzieller Bedarf einhergehe.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss – Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie – beschließt die für 2014 zur Verfügung stehenden Mittel in Form von Zuschüssen zu den anererkennungsfähigen Betriebskosten von Jugendeinrichtungen freier Träger in 2014 gemäß Anlage 1.

Abstimmungsergebnis:

- 13 Zustimmungen: SPD-Fraktion (3), CDU-Fraktion (2), Bündnis 90/ Die Grünen (2), FDP-Fraktion (1), Fraktion Die Linke. (1), Der Paritätische (1), SJD Die Falken (1), SKF (1), Sportjugend (1)
- keine Gegenstimmen
- keine Enthaltungen

Einstimmig zugestimmt.

Anmerkungen:

Herr Krücker und sein Vertreter Herr Scheiblich (Caritasverband) waren weder bei der Beratung, noch bei der Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt anwesend. Frau Weber stimmte in Vertretung für Frau Kupferer ab (Sportjugend).

Frau Volland-Dörmann (AWO) hat weder an der Beratung, noch an der Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt teilgenommen (Befangenheit).

Die Anlage 1 liegt der Niederschrift nicht nochmals bei.

6.3 Zuschüsse an Jugendprojekte im Rahmen von Sonderförderungen für das Haushaltsjahr 2014 aus dem Teilplan 0604 0608/2014

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss – Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie – beschließt, in 2014 Mittel in Höhe von insgesamt 169.000,00 Euro an Jugendprojekte im Rahmen von Sonderförderungen gemäß Anlage 1 zu gewähren.

Abstimmungsergebnis:

- 13 Zustimmungen: SPD-Fraktion (2), CDU-Fraktion (2), Bündnis 90/ Die Grünen (2), FDP-Fraktion (1), Fraktion Die Linke. (1), AWO (1), Der Paritätische (1), SJD Die Falken (1), SKF (1), Sportjugend (1)
- keine Gegenstimmen
- keine Enthaltungen

Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung:

Herr Krücker und sein Vertreter Herr Scheiblich (Caritasverband) waren weder bei der Beratung, noch bei der Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt anwesend. Frau Weber stimmte in Vertretung für Frau Kupferer ab (Sportjugend).

Herr Schneider (SPD-Fraktion) hat weder an der Beratung, noch an der Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt teilgenommen (Befangenheit).

Die Anlage 1 liegt der Niederschrift nicht nochmals bei.

6.4 Förderung von örtlichen Ferienmaßnahmen für Kinder und Jugendliche - Zuschuss für Ferienhilfswerk, § 16 SGB VIII; Fördermittelvergabe 2014; Teilergebnisplan 0604 Kinder- und Jugendarbeit 0617/2014

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss – Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie – beschließt, die im Haushaltsjahr 2014 zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel an die Träger des Ferienhilfswerks zur Durchführung von:

- Örtlichen Ferienmaßnahmen für Kinder und Jugendliche in Höhe von 322.500 Euro gemäß Anlage 1
- Örtlichen Ferienmaßnahmen für Jugendliche in Jugendcamps in Höhe von 36.500 Euro gemäß Anlage 2

zu gewähren.

Abstimmungsergebnis:

- 13 Zustimmungen: SPD-Fraktion (3), CDU-Fraktion (2), Bündnis 90/ Die Grünen (2), FDP-Fraktion (1), Fraktion Die Linke. (1), Der Paritätische (1), SJD Die Falken (1), SKF (1), Sportjugend (1)
- keine Gegenstimmen
- keine Enthaltungen

Einstimmig zugestimmt.

Anmerkungen:

Herr Krücker und sein Vertreter Herr Scheiblich (Caritasverband) waren weder bei der Beratung, noch bei der Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt anwesend.

Frau Weber stimmte in Vertretung für Frau Kupferer ab (Sportjugend).

Frau Volland-Dörmann (AWO) hat weder an der Beratung, noch an der Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt teilgenommen (Befangenheit).

Die Anlagen 1 und 2 liegen der Niederschrift nicht nochmals bei.

6.5 Mittelverteilung an die Mitgliedsverbände im "Ring politischer Jugend" im Haushaltsjahr 2014 aus dem Teilplan 0604 4131/2013

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss – Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie- beschließt für das Jahr 2014 die Mitgliedsverbände im „Ring politischer Jugend Köln“ für ihre politische Jugendarbeit zu fördern.

Die Verteilung der Fördermittel für die politische Jugendarbeit soll auf Grundlage der des vom geschäftsführenden Verband (Junge Liberale Köln) genannten Verteiler-

schlüssels sowie der im Haushaltsjahr 2014 zur Verfügung stehenden Fördermittel wie folgt vorgenommen werden:

1. Jungsozialisten	7.151,42 Euro
2. Junge Union	7.156,55 Euro
3. Grüne Jugend	1.356,80 Euro
4. Junge Liberale	4.135,23 Euro
Summe	19.800,00 Euro

Abstimmungsergebnis:

- 14 Zustimmungen: SPD-Fraktion (3), CDU-Fraktion (2), Bündnis 90/ Die Grünen (2), FDP-Fraktion (1), Fraktion Die Linke. (1), AWO (1), Der Paritätische (1), SJD Die Falken (1), SKF (1), Sportjugend (1)
- keine Gegenstimmen
- keine Enthaltungen

Einstimmig zugestimmt.

Anmerkungen:

Herr Krücker und sein Vertreter Herr Scheiblich (Caritasverband) waren weder bei der Beratung, noch bei der Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt anwesend. Frau Weber stimmte in Vertretung für Frau Kupferer ab (Sportjugend).

7 Ausschussempfehlungen an andere Ausschüsse

7.1 Umgestaltung des Spielplatzes St.-Tönnis-Straße in Köln-Worringen 0574/2014

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt der Bezirksvertretung, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Bezirksvertretung Chorweiler beauftragt die Verwaltung, die Umgestaltung des Spielplatzes „St.-Tönnis-Straße“ in Köln-Worringen durchzuführen.

Abstimmungsergebnis:

- 14 Zustimmungen: SPD-Fraktion (3), CDU-Fraktion (2), Bündnis 90/ Die Grünen (2), FDP-Fraktion (1), Fraktion Die Linke. (1), AWO (1), Der Paritätische (1), SJD Die Falken (1), SKF (1), Sportjugend (1)
- keine Gegenstimmen
- keine Enthaltungen

Einstimmig zugestimmt.

Anmerkungen:

Herr Krücker und sein Vertreter Herr Scheiblich (Caritasverband) waren weder bei der Beratung, noch bei der Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt anwesend. Frau Weber stimmte in Vertretung für Frau Kupferer ab (Sportjugend).

7.2 Sanierung und Umgestaltung des Spielplatzes Veilchenweg in Köln-Rath/Heumar 0137/2014

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt der Bezirksvertretung, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Bezirksvertretung Kalk beauftragt die Verwaltung, die Sanierung und Umgestaltung des Spielplatzes Veilchenweg in Köln-Rath/Heumar mit Gesamtkosten in Höhe von 253.000 Euro durchzuführen.

Abstimmungsergebnis:

- 14 Zustimmungen: SPD-Fraktion (3), CDU-Fraktion (2), Bündnis 90/ Die Grünen (2), FDP-Fraktion (1), Fraktion Die Linke. (1), AWO (1), Der Paritätische (1), SJD Die Falken (1), SKF (1), Sportjugend (1)
- keine Gegenstimmen
- keine Enthaltungen

Einstimmig zugestimmt.

Anmerkungen:

Herr Krücker und sein Vertreter Herr Scheiblich (Caritasverband) waren weder bei der Beratung, noch bei der Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt anwesend. Frau Weber stimmte in Vertretung für Frau Kupferer ab (Sportjugend).

8 Ausschussempfehlungen an den Rat

8.1 Beschluss des Integrationsrates - Einrichtung von bilingualen Gruppen zur Förderung der natürlichen Mehrsprachigkeit in städtischen Kindertagesstätten 0254/2014

und

zu 8.1 TOP 8.1 „Beschluss des Integrationsrates - Einrichtung von bilingualen Gruppen zur Förderung der natürlichen Mehrsprachigkeit in städtischen Kindertagesstätten“ AN/0576/2014

Der als **Tischvorlage** ausgeteilte Änderungsantrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90/ Die Grünen liegt der Niederschrift nochmals als **Anlage 4** bei. Bereits vor Eintritt in die Tagesordnung hatte der Ausschuss beschlossen, diesen Themenkomplex auf die nächste Sitzung am 06.05.2014 zu vertagen.

Beschluss:

zurückgestellt – vertagt auf die Sitzung am 06.05.2014

8.2 Fortführung der Schulsozialarbeit - Finanzierung bis 31.12.2014 0125/2014

Ausschussvorsitzender **Herr Dr. Heinen** blickt zurück auf die lange Vorarbeit zu dieser Vorlage und ist stolz, dass die Schulsozialarbeit bis zum Ende des Jahres gesichert werden konnte. Nichts desto trotz seien sich alle Beteiligten fachlich einig, dass eine Fortführung auch über Dezember 2014 hinaus notwendig sei. Entsprechende Appelle seien bereits an die Bundesregierung gerichtet worden.

Frau Artmann unterstützt diesen Wunsch. Bei ihrer Arbeit als Lehrerin sehe sie täglich, dass die Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeiter nicht nur an Brennpunktschulen harte Arbeit leisten. Sowohl für sie, als auch die Schülerinnen und Schüler sowie die Schulleitungen sei Planungssicherheit sehr wichtig.

Herr Dr. Heinen schließt sich dem im Namen von SPD und Bündnis 90/ Die Grünen an. Eine derartige „Kurzatmigkeit“ sei in der Tat nicht optimal.

In der Vorlage sei die Rede davon, dass mit der alten Bundesregierung keine Einigung erzielt werden konnte, stellt **Herr Dr. Schlieben** fest. Seiner Kenntnis nach habe auch die derzeitige Bundesregierung nicht zugestimmt.

Frau Beigeordnete Dr. Klein hält eine Diskussion über die Notwendigkeit für obsolet: selbstverständlich werde die flächendeckende Fortführung der Schulsozialarbeit mit unbefristeten Verträgen angestrebt. Die Sicherung bis Dezember 2014 sei ein toller Etappensieg, doch der politische Kampf gehe weiter.

Auch der Deutsche Städtetag habe dieses Thema aktuell auf der Agenda, derzeit werde über die Verteilung von rund 6 Milliarden Euro Bundesmitten an die einzelnen Bundesländer debattiert. Frau Beigeordnete Dr. Klein hofft, bald eine Verstetigung der Schulsozialarbeit erreichen zu können.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt dem Rat, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Rat beschließt, in Anlehnung an seinen Beschluss vom 18.06.2013 (1041/2013), die Fortführung der Schulsozialarbeit unter Berücksichtigung der mit Ratsbeschluss vom 13.10.2011 neu zugesetzten Stellen für die Zeit vom 01.08.2014 bis 31.12.2014.

Zur Finanzierung beschließt der Rat im Haushaltsjahr 2014 im Teilergebnisplan 0604 - Kinder- und Jugendarbeit:

- a) überplanmäßige, zahlungswirksame Aufwendungen bei Teilplanzeile 11, Personalaufwendungen, in Höhe von 767.080 Euro;
- b) überplanmäßige, zahlungswirksame Aufwendungen bei Teilplanzeile 13, Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen, in Höhe von 25.830 Euro;
- c) überplanmäßige Aufwendungen bei Teilplanzeile 14, Bilanzielle Abschreibungen, in Höhe von 4.910 Euro;
- d) überplanmäßige, zahlungswirksame Aufwendungen bei Teilplanzeile 15, Transferaufwendungen, in Höhe von 1.577.580 Euro.

Die Deckung der überplanmäßigen Aufwendungen in Höhe von insgesamt 2.375.400 Euro erfolgt durch Mehrerträge in gleicher Höhe im Teilergebnisplan 0508 - Leistungen für Bildung und Teilhabe, bei Teilplanzeile 06, Kostenerstattungen und Umlagen.

Abstimmungsergebnis:

- 14 Zustimmungen: SPD-Fraktion (3), CDU-Fraktion (2), Bündnis 90/ Die Grünen (2), FDP-Fraktion (1), Fraktion Die Linke. (1), AWO (1), Der Paritätische (1), SJD Die Falken (1), SKF (1), Sportjugend (1)
- keine Gegenstimmen
- keine Enthaltungen

Einstimmig zugestimmt.

Anmerkungen:

Herr Krücker und sein Vertreter Herr Scheiblich (Caritasverband) waren weder bei der Beratung, noch bei der Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt anwesend. Frau Weber stimmte in Vertretung für Frau Kupferer ab (Sportjugend).

8.3 Kindertagespflege für unter 3- jährige Kinder mit erhöhtem Förderbedarf 0178/2014

Frau Jahn begrüßt, dass die Betreuung von Kindern mit Behinderung oder erhöhtem Förderbedarf ab sofort besser honoriert werden soll. Sie erkundigt sich nach der Aus- und Fortbildung zusätzlich zu den üblichen 160 Stunden, um die Tagespflegepersonen für die speziellen Bedarfe dieser Kinder zu sensibilisieren.

Hierfür werden voraussichtlich besondere Module von „Wir für Pänz e.V.“ im Anschluss an die regulären Ausbildungsabschnitte angeboten, antwortet **Frau Brähler-Haucke** für die Abteilung Tageseinrichtungen und Tagesbetreuung für Kinder. Deren Finanzierung für 2014 sei gesichert, und es gebe bereits Interessentinnen und Interessenten.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt dem Rat, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Rat der Stadt Köln beschließt in Ergänzung seines Beschlusses vom 01.10.2013 (Vorlagen-Nr. 2600/2013): Kindertagespflegepersonen, die die Betreuung von u 3 Kindern mit anerkannter Behinderung oder anerkanntem erhöhtem Förderbedarf übernehmen, erhalten rückwirkend zum 01.11.2013 und vorerst befristet bis zum 31.12.2014 für diese Kinder einen 3,5 fachen Betrag zur Anerkennung der Förderleistung gem. § 23 Abs. 2a SGB VIII. Gleichzeitig wird bei der Betreuung eines Kindes mit anerkannter Behinderung oder anerkanntem erhöhtem Förderbedarf die Gesamtzahl der zu betreuenden Kinder laut Pflegeerlaubnis um einen Platz reduziert.

Abstimmungsergebnis:

- 14 Zustimmungen: SPD-Fraktion (3), CDU-Fraktion (2), Bündnis 90/ Die Grünen (2), FDP-Fraktion (1), Fraktion Die Linke. (1), AWO (1), Der Paritätische (1), SJD Die Falken (1), SKF (1), Sportjugend (1)
- keine Gegenstimmen
- keine Enthaltungen

Einstimmig zugestimmt.

Anmerkungen:

Herr Krücker und sein Vertreter Herr Scheiblich (Caritasverband) waren weder bei der Beratung, noch bei der Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt anwesend. Frau Weber stimmte in Vertretung für Frau Kupferer ab (Sportjugend).

8.4 Weitere Förderung des Projekts "Joblinge" 4195/2013

Bereits vor Eintritt in die Tagesordnung hatte der Ausschuss entschieden, diese Vorlage ohne Votum an die folgenden Gremien zu übergeben.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss - Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie – verweist die Vorlage ohne Votum in die nachfolgenden Gremien.

8.5 Teilneubau des Ingenieurwissenschaftlichen Zentrums der Fachhochschule Köln am Standort Deutz hier: Masterplan zur Präzisierung des Wettbewerbsergebnis "Teilneubau des Ingenieurwissenschaftlichen Zentrums (IWZ) der Fachhochschule (FH) Köln am Standort Deutz" 0674/2014

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt dem Rat, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Rat beschließt den Masterplan zur Präzisierung des Wettbewerbsergebnis "Teilneubau des Ingenieurwissenschaftlichen Zentrums (IWZ) der Fachhochschule (FH) Köln am Standort Deutz" für den Kern- und den Mantelbereich als Grundlage für die Bauleitplanung und beauftragt die Verwaltung, den Bau- und Liegenschaftsbetrieb NRW (BLB) bei der Umsetzung des Masterplans zielführend zu unterstützen sowie die Umsetzung der städtebaulichen Ziele im Mantelbereich vorzubereiten und zu sichern.

Die Standortsicherung des Ingenieurwissenschaftlichen Zentrums der Fachhochschule in Deutz ist durch die Resolution des Rates vom 28.06.2012 für "Neue städtebauliche Perspektiven durch ein modernes IWZ" (AN/0989/2012) bereits Beschlusslage.

Abstimmungsergebnis:

- 14 Zustimmungen: SPD-Fraktion (3), CDU-Fraktion (2), Bündnis 90/ Die Grünen (2), FDP-Fraktion (1), Fraktion Die Linke. (1), AWO (1), Der Paritätische (1), SJD Die Falken (1), SKF (1), Sportjugend (1)
- keine Gegenstimmen
- keine Enthaltungen

Einstimmig zugestimmt.

Anmerkungen:

Herr Krücker und sein Vertreter Herr Scheiblich (Caritasverband) waren weder bei der Beratung, noch bei der Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt anwesend. Frau Weber stimmte in Vertretung für Frau Kupferer ab (Sportjugend).

8.6 Interkulturelles Maßnahmenprogramm - Bestandsaufnahme bestehender Maßnahmen zur Förderung der Integration 0781/2014

Die beiden als **Tischvorlage** ausgeteilten Auszüge aus den Protokollen des Ausschusses Schule und Weiterbildung und Ausschusses Soziales und Senioren liegen der Niederschrift nochmals als **Anlagen 5 und 6** bei. Herr Dr. Heinen stellt die Vorlage in der geänderten Version, wie sie auch im Integrationsrat und im Ausschuss Schule und Weiterbildung beschlossen wurde, zur Abstimmung.

Geänderter Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt dem Rat – analog der Empfehlung des Ausschusses Schule und Weiterbildung, des Ausschusses Soziales und Senioren sowie des Integrationsrates – folgenden Beschluss zu fassen:

Beschluss laut Vorlage: „Der Rat nimmt das ‚Interkulturelle Maßnahmenprogramm‘ als aktuelle Bestandsaufnahme bestehender Maßnahmen zur Förderung der Integration, der Vielfalt und des interkulturellen Zusammenlebens in Köln zur Kenntnis.“

Beschluss laut Änderungsantrag Herrn Hellings (Integrationsrat): Die Verwaltung wird aufgefordert, bis zur nächsten Sitzung des Integrationsrates im Mai 2014 alle Maßnahmenvorschläge aus der Verwaltung, aus den Expertengruppen und aus den früheren Einzelbeschlüssen dem Integrationsrat zugänglich zu machen. Sie soll diese Maßnahmenvorschläge soweit aufbereiten, dass eine sinnvolle Behandlung in den Ratsausschüssen unmittelbar nach der Neuwahl des Rates möglich wird.

Die Behandlung in den Ratsausschüssen soll dann den Grundsätzen des Beschlusses des IR vom 08.07.2013 (siehe Anlage) entsprechen und so rechtzeitig erfolgen, dass einzelne Maßnahmen noch in den Haushalt 2015 eingeplant werden können.“

Der vollständige ergänzende Beschluss vom 08.07.2013 lautet:

- *Die Verwaltung wird beauftragt bis spätestens zum Frühjahr 2014*
 - *die vorhandenen „ Lücken „ im Sachstandsbericht des Maßnahmenprogramms zu füllen,*
 - *in den betroffenen Ausschüssen des Rates die jeweiligen Teile des Maßnahmenprogramms unter Beteiligung der Vertreterinnen und Vertreter des Kommunalen Integrationszentrums und Experten der jeweiligen Fachdezernate zu präsentieren. Dabei sollen Vorschläge bezüglich der Einstellung, der Fortsetzung oder dem Neubeginn von Maßnahmen gemacht werden*
- *Den Ausschüssen wird empfohlen, gezielt Beschlüsse zu fassen über*
 - *Maßnahmen die eingestellt werden*
 - *Maßnahmen die in Zukunft weiter fortzusetzen sind*
 - *Maßnahmen die neu zu beginnen sind.*

Abstimmungsergebnis:

- 14 Zustimmungen: SPD-Fraktion (3), CDU-Fraktion (2), Bündnis 90/ Die Grünen (2), FDP-Fraktion (1), Fraktion Die Linke. (1), AWO (1), Der Paritätische (1), SJD Die Falken (1), SKF (1), Sportjugend (1)
- keine Gegenstimmen
- keine Enthaltungen

Einstimmig zugestimmt.

Anmerkungen:

Herr Krücker und sein Vertreter Herr Scheiblich (Caritasverband) waren weder bei der Beratung, noch bei der Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt anwesend. Frau Weber stimmte in Vertretung für Frau Kupferer ab (Sportjugend). Die Anlage liegt der Niederschrift nicht nochmals bei.

8.7 Offene Ganztagschule im Primarbereich - bedarfsgerechter Ausbau auf 26.500 Plätze 0531/2014

Frau Beigeordnete Dr. Klein berichtet zu Beginn der Beratung, dass diese Vorlage das gesamtstädtische Angebot auf 75 % erhöhe und Köln damit zur Spitze Nordrheinwestfalens zähle. Köln stehe im interkommunalen Vergleich sowohl im Bezug auf Quantität, als auch im Hinblick auf Qualität sehr gut da.

Der Ausbau bedeute gleichzeitig aber auch jährlich 17 Millionen Euro freiwilligen kommunalen Anteil *zusätzlich*. Der ursprüngliche Vorschlag, den kommunalen Anteil um 5% zu kürzen, sei im Rahmen der Verabschiedung des Doppelhaushaltes auf 2,8% bis Ende 2014 abgemildert worden. Mit der nun vorliegenden Beschlussvorlage solle diese Kürzungsrücknahme auf das Ende des *Schuljahres*, also Sommer 2015 erweitert werden. Danach werden mögliche Einsparungen im Rahmen der Haushaltsberatungen für das Jahr 2015 neu diskutiert.

Herr Dr. Heinen weist darauf hin, dass mit Punkt 5 der Beschlussvorlage sogar die Berücksichtigung des perspektivischen Bedarfs festgeschrieben werde.

Herr Pannes führt an, dass sich beispielsweise in der Beschneidung von Öffnungszeiten qualitative Missstände niederschlagen. Daneben bereite besonders die Raumnot Schwierigkeiten.

Grundsätzlich stimmen die Prioritäten im Haushalt und in der Bedarfsplanung nicht, da es weiterhin in Stadtteilen mit einem hohen Migrantenanteil respektive vielen sozial-schwachen Familien an Förderung fehle.

Ausschussvorsitzender **Herr Dr. Heinen** entgegnet, dass genau deswegen nach dem Konzept der Sozialraumorientierung gezielt in Schwerpunktbereichen gearbeitet werde. Es sei bereits viel getan worden, um ein einheitlich hohes Niveau zu erreichen.

Frau Beigeordnete Dr. Klein betont, dass man den Pflichtanteil in gleicher Höhe nicht vergessen dürfe, der zu dem freiwilligen Kommunalanteil in Höhe von 17 Millionen Euro komme. Nahezu alle Kommunen im Ruhrgebiet zahlen lediglich den pflichtigen Anteil, insofern befinde man sich in Köln tatsächlich auf hohem Niveau.

Auch wenn ein Mehr an Plätzen und finanziellen Ressourcen stets wünschenswert seien, sehe sie hier keineswegs einen Missstand.

In vielen sozialen Brennpunkten seien gute Erfolge zu verzeichnen. So werde zum Beispiel in Chorweiler nun eine Quote von 60 % im Vergleich zu ursprünglich 32 % erlangt. Dies zeige, dass es gelungen sei, die Eltern vom Konzept der OGTS zu überzeugen.

Ein Bauprogramm zur Beseitigung der Raumnot sei nicht ohne zusätzliche Gelder von Land und Bund finanzierbar. Die 85 Millionen Euro aus dem Investitionsprogramm "Zukunft Bildung und Betreuung" (IZBB) für Neubauten seien bereits komplett investiert worden.

Herrn Pfarrer Völker ist die starke Steigerung in Lindenthal im Vergleich zu der in Mülheim aufgefallen. Er habe deswegen Sorge, dass die **Diskrepanz zwischen den Stadtteilen** sich noch ausweite.

Frau Dr. Butterwegge weist darauf hin, dass auch bei einer Quote von 75 % Versorgungslücken fatal für einzelne, **betroffene** Familien seien. Sie finde es überlegenswert, landespolitisch auf einen **Rechtsanspruch** auf einen Ganztagsplatz hinzuwirken.

Als Sozialraumkoordinator für Höhenberg/ Vingst kann **Herr Hildebrand** grundsätzlich von einer guten Entwicklung durch die laufende Vernetzung berichten. Neben der Not, ordentliche und bezahlbare Räumlichkeiten zu finden und halten, habe sich mittlerweile ein weiteres Problem in der Praxis ergeben: viele **sozialschwache** Eltern leisten inzwischen nicht einmal mehr den symbolischen **Essensbeitrag** von 1 Euro an die OGTS-Träger - im Vertrauen darauf, dass man die Kinder schon nicht hungern lasse.

Frau Volland-Dörmann begrüßt eine substantielle Diskussion in diesem Themenbereich. Wenn freiwillige Leistungen eine **Erwartungshaltung** provozieren, sei dies der „Fluch der guten Tat“. Sie sei aber froh, dass mit den neu zugesetzten Plätzen die bestehende Nachfrage besser befriedigt werden könne.

Als Vertreterin eines freien Trägers kann Frau Volland-Dörmann den Druck auf die Schulleitungen und die Kollegien im Primarbereich durchaus nachvollziehen. Man dürfe hier jedoch nicht den Vergleich mit anderen Ländern scheuen, in denen die Nachmittagsbetreuung originäre Aufgabe der Schulen selbst sei und nicht in Parallelsystemen gearbeitet werde.

Bei der Bewirtschaftung eines derart hohen Finanzvolumens müsse nun endlich eine administrative Entlastung der Träger Platz finden. Es werde eine **Kompensationsmöglichkeit** benötigt, um das bestehende, gute Angebot auch in sozialen Brennpunkten halten zu können. Im Gespräch sei daher unter anderem eine dreißigtägige Schließungszeit pro Jahr. Auch zur kommenden Haushaltsdebatte kündigt sie Forderungen nach finanziellen Zusetzungen an, um Mehrkosten etwa durch Tarifsteigerungen im Personalbereich dauerhaft abfedern zu können.

Vor diesem Hintergrund bittet Frau Volland-Dörmann um Zustimmung, und darum, diese Entscheidung gemeinsam nach Außen gegenüber der Elternschaft und der medialen Öffentlichkeit zu vertreten.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt dem Rat, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Der Rat nimmt den 2.500 Plätze umfassenden Mehrbedarf in den offenen Ganztagschulen im Primarbereich zur Kenntnis und
2. beschließt, die Plätze ab dem Schuljahr 2014/2015 in dem vorhandenen Raumbestand der Schulen auf insgesamt 26.500 zu erhöhen, vorbehaltlich der Gewährung der Landeszuschüsse in Höhe von in der Regel 935 Euro je Platz bzw. 1.890 Euro je Platz, den ein/e Schüler/in mit sonderpädagogischem Förderbedarf belegt.

3. Der Rat beschließt weiterhin, dass zum Stellenplan 2015 die notwendigen zusätzlichen 1,15 Stellen der VGr.VII, FGr. 1a BAT (Entgeltgruppe 5 TVöD) in den Schulsekretariaten sowie 2 Stellen mit der Besoldungsgruppe A7 ÜBesG NRW zur Festsetzung der Elternbeiträge zzgl. 0,5 Stelle der Besoldungsgruppe A 10 ÜBesG NRW in der Funktion einer Gruppenleitung in der Jugendverwaltung und 1 Stelle der Besoldungsgruppe A 11 ÜBesG NRW im Fachbereich Ganztage des Amtes für Schulentwicklung eingerichtet werden. Bis zum Inkrafttreten des Stellenplanes 2015 sind verwaltungsintern Verrechnungsmöglichkeiten zur Verfügung zu stellen. Zur Finanzierung beschließt der Rat für 2014 beim Amt für Kinder, Jugend und Familie überplanmäßige Mehraufwendungen im Teilplan 0603 – Kindertagesbetreuung, Teilplanzeile 11 – Personalaufwendungen in Höhe von 66.438 Euro. Die Deckung der Mehraufwendungen erfolgt durch entsprechende Wenigeraufwendungen in gleicher Höhe im Teilplan 0301 – Schulträgeraufgaben, Teilplanzeile 13 - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen (Schülerbetreuungsmaßnahmen). Der für 2014 beim Amt für Schulentwicklung im Teilplan 0301 - Schulträgeraufgaben, Teilplanzeile 11 – Personalaufwendungen entstehende Mehrbedarf in Höhe von 56.464 Euro wird durch Wenigeraufwendungen in gleicher Höhe im Teilplan 0301 bei Teilplanzeile 13 – Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen (Schülerbetreuungsmaßnahmen) im Wege der echten Deckung finanziert. Ab dem Haushaltsjahr 2015 sind jährlich Aufwendungen in Höhe von insgesamt 294.965 Euro zu veranschlagen, die den Fehlbetrag im städtischen Haushalt ab 2015 weiter erhöhen.
4. Die Verwaltung wird darüber hinaus beauftragt, die Finanzierung der Zuwendungen an die Träger im Rahmen der Landesmittel sowie durch Veranschlagung kommunaler Mittel entsprechend der in der Beschlussvorlage dargestellten haushaltsmäßigen Auswirkungen sicherzustellen. Dabei wurde den Berechnungen auch weiterhin eine aufgrund der prekären Finanzsituation der Stadt Köln zwingend notwendige per Ratsbeschluss vom 20.05.2010 (Vorlagen-Nr. 0804/2010) zunächst nur auf den Hpl 2010/2011 bezogene Reduzierung der zusätzlichen kommunalen Mittel um 5% zugrunde gelegt. Zudem werden die seit 1.2.2011 für den Betrieb der offenen Ganztage Schulen ausgeschütteten zusätzlichen Landesmittel weiterhin zur Kompensation des zusätzlichen kommunalen Anteils eingesetzt wie es der Ratsbeschluss vom 26.05.2011 vorsieht.

Der Rat beschließt die im Haushaltsplan 2013/2014ff. für die Zeit vom 01.01.2015 bis 31.07.2015 zur Konsolidierung des Haushalts berücksichtigte zusätzliche Kürzung des freiwilligen kommunalen Anteils von 5% auf 2,8% zurückzunehmen.

In 2014 erfolgt die Finanzierung aus veranschlagten Mitteln. Im Haushaltsjahr 2015 beläuft sich der zusätzliche Zuschussbedarf dann auf insgesamt 503.499 Euro, die im Teilplan 0301, Schulträgeraufgaben, zusätzlich zu veranschlagen sind. Ab dem Haushaltsjahr 2016 beträgt der zusätzlich zu veranschlagende Betrag 331.249 Euro. Die im Haushaltsplan 2015ff. zusätzlich zu veranschlagenden Mittel führen zu einer weiteren Erhöhung des Fehlbetrages im städtischen Haushalt.
5. Der Rat nimmt den perspektivischen Bedarf in Höhe von 28.500 Plätzen zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung damit, jährlich eine Bedarfsanalyse durchzuführen und den Mehrbedarf vor Beginn des jeweiligen Schuljahres dem Rat bekannt zu geben.

Abstimmungsergebnis:

- 14 Zustimmungen: SPD-Fraktion (3), CDU-Fraktion (2), Bündnis 90/ Die Grünen (2), FDP-Fraktion (1), Fraktion Die Linke. (1), AWO (1), Der Paritätische (1), SJD Die Falken (1), SKF (1), Sportjugend (1)
- keine Gegenstimmen
- keine Enthaltungen

Einstimmig zugestimmt.

Anmerkungen:

Herr Krücker und sein Vertreter Herr Scheiblich (Caritasverband) waren weder bei der Beratung, noch bei der Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt anwesend. Frau Weber stimmte in Vertretung für Frau Kupferer ab (Sportjugend).

8.8 Projekt zur außerschulischen Betreuung von Flüchtlingskindern durch ehrenamtliche Patinnen und Paten 0810/2014

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt dem Rat, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Rat beschließt die Durchführung eines Projekts zur außerschulischen Unterstützung von schulpflichtigen Flüchtlingskindern. Das Projekt beginnt am 1.5.2014, die Projektlaufzeit beträgt vier Jahre, es fallen jährliche Projektkosten in Höhe von 77.800 Euro an. Mit der Projektdurchführung werden die Kölner Freiwilligenagentur e.V. und der Kölner Flüchtlingsrat e.V. auf der Grundlage der in der Anlage beigefügten Konzeption gemeinsam im Rahmen einer noch zu schließenden Projektvereinbarung beauftragt.

Zur Finanzierung dieser Maßnahme sind im Haushaltsjahr 2014 im TP 0301 Schulträgeraufgaben bei Teilplanzeile 15 - Transferaufwendungen zusätzliche Mittel in Höhe von 51.900 Euro erforderlich.

Die Deckung erfolgt durch entsprechende Wenigeraufwendungen im Haushaltsjahr 2014, im TP 0301 Schulträgeraufgaben, in Teilplanzeile 13 – Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen (echte Deckungsfähigkeit).

Des Weiteren werden die erforderlichen Mittel für die Restlaufzeit in den Haushaltsjahren 2015-2017 in Höhe von 77.800 Euro/ Jahr und im Haushaltsjahr 2018 in Höhe von 25.900 Euro im TP 0301 Schulträgeraufgaben veranschlagt. Dies führt zu einer weiteren Erhöhung des Fehlbetrages im städtischen Haushalt.

Der Mehrbedarf in 2014 kann voraussichtlich durch Wenigeraufwendungen im TP 0301 Schulträgeraufgaben in Teilplanzeile 13 – Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen gedeckt werden. Sollten diese Wenigeraufwendungen nicht realisierbar sein, erfolgt eine Umdeckung im Rahmen des Jahresabschlusses 2014.

Abstimmungsergebnis:

- 13 Zustimmungen: SPD-Fraktion (3), CDU-Fraktion (2), Bündnis 90/ Die Grünen (2), FDP-Fraktion (1), Fraktion Die Linke. (1), AWO (1), Der Paritätische (1), SJD Die Falken (1), SKF (1)
- keine Gegenstimmen
- keine Enthaltungen

Einstimmig zugestimmt.

Anmerkungen:

Herr Krücker und sein Vertreter Herr Scheiblich (Caritasverband) sowie Frau Kupferer und ihre Vertreterin Frau Weber (Sportjugend) waren weder bei der Beratung, noch bei der Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt anwesend.

Herr Pannes stimmte in Vertretung für Frau Dr. Butterwegge ab (Fraktion Die Linke.). Die Anlage liegt der Niederschrift nicht nochmals bei.

8.9 Benennung eines neuen, stellvertretenden Pflichtmitgliedes für den Jugendhilfeausschuss 0910/2014

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt dem Rat, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Rat nimmt zur Kenntnis, dass die Bundesagentur für Arbeit Köln

Frau Sabrina Reichler

als stellvertretendes, beratendes Pflichtmitglied für den Jugendhilfeausschuss bestellt.

Abstimmungsergebnis:

- 13 Zustimmungen: SPD-Fraktion (3), CDU-Fraktion (2), Bündnis 90/ Die Grünen (2), FDP-Fraktion (1), Fraktion Die Linke. (1), AWO (1), Der Paritätische (1), SJD Die Falken (1), SKF (1)
- keine Gegenstimmen
- keine Enthaltungen

Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung:

Herr Krücker und sein Vertreter Herr Scheiblich (Caritasverband) sowie Frau Kupferer und ihre Vertreterin Frau Weber (Sportjugend) waren weder bei der Beratung, noch bei der Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt anwesend.

Herr Pannes stimmte in Vertretung für Frau Dr. Butterwegge ab (Fraktion Die Linke.).

9 Anfragen

Es werden keine mündlichen Anfragen im öffentlichen Teil gestellt.

gez.: Dr. Ralf Heinen (Vorsitzender)
gez.: Petra Lohmann (Schriftführerin)